

Die Vererbung der künftigen Vermögen. Hierzu kam später noch die Vergabe von Grund und Boden durch die Städte, wie die des Bauplatzes für das Berliner Schloss im Jahre 1442 durch die Städte Berlin und Köln, durch die das Vermögen der Fürstentümer ständig erweitert wurde. Außerdem wuchs das Vermögen ununterbrochen durch die Anschaffung von Wertgegenständen aus den damals noch vereinigten Kron- und Staatseinkünften. So schaffte sich z. B. Friedrich II. 130 jüwelfarbene Dojen aus dem Dispositionsfonds an, über dessen Verwendung selbst die Minister im unklaren gelassen wurden, die er dann später in seinem Testament neben „Gold- und Silbergeschmück, Bibliothek, Bildergalerie und dem Königreich Preußen“ seinem Neffen vermacht. Als im Laufe der Entwicklung eine immer weitergehende Trennung von Staats- und sogenanntem Privatvermögen zustande kam, wurde Anfang des 19. Jahrhunderts ein Teil der Domänen als „Kronfideikommiss“ zusammengefaßt, aus dessen Einkünften die Ausgaben des Hofes bestritten werden sollten, und als dessen Ertragswert die Krone eine unveränderliche Kronfideikommiss-Rente von jährlich 2½ Millionen Talern erhielt. Im § 12 des Vertragsentwurfes erklärt sich nun das Hohenzollernhaus damit einverstanden, daß diese Rente ab 31. März 1920 wegfällt. Nach 17 Revolutionsmonate soll also nach dem Rezept der republikanischen Regierung „der Einsame von Amerongen sein Königsgehalt weiterbezogen“ werden!

Der Vertrag berücksichtigt nur die augenblickliche formale Rechtsgrundlage, ohne im geringsten das geschichtliche Werden des ungeheuren Vermögens, die staatsliche Umwälzung und die Schuld des letzten Hohenzollern an der materiellen Verklammerung des Volkes in Betracht zu ziehen. Dabei hat sich die Familie nach dem Uebergang der Domänen in Staatsbesitz aus Ersparnissen der Kronsubsidien noch ungeheure Ländereien angeeignet, die ihr jetzt als Privateigentum verbleiben, als ob es sich um die Ersparnisse von Privatpersonen aus ihrem Arbeitseinkommen handelte. Die Familie Hohenzollern ist arm zur Herrschaft gekommen. Alles, was sie erworben hat, geschah aus ihrer staatsrechtlichen Funktion heraus, direkt oder indirekt auf Kosten des Volkes. Vor allem hätten also alle aus den Ersparnissen der Kronsubsidien gemachten Erwerbungen abgezweigt werden müssen, da die dafür verwandten Geldmittel ihrer eigentlichen Bestimmung als Beitrag zu den Reparaturs- und Unterhaltskosten des amtierenden Monarchen entzogen worden sind und ihr Weiterverbleiben durch die Umwälzung hinfällig geworden ist. Die Bildung dieser Vermögenswerke zeigt nur, daß die Subsidien auch vom bürgerlichen Standpunkt übermäßig hoch gewesen sind.

Daß die ehemalige Königsfamilie verhungert, wird kein Mensch verlangen, aber dagegen hat sie sich selbst durch das Schaffen erblicher Werte ins Ausland bereits hinlänglich gesichert. Die entschädigungslose Zurücknahme aller vom Volkseigentum angeeigneten Werte und Rechte, schärfste steuerliche Heranziehung des Restes zur Liquidierung der Kriegsschuld hätte oberster Grundsatze bei der Abfindung sein müssen. Eine privatrechtliche Abfindung in der von der Regierung vorgeschlagenen Weise ist ein Raub am Gut des deutschen Volkes!

Seht dem König, was des Königs ist! Schön, was der Burggraf von Hohenzollern nach Brandenburg gebracht hat, ist verdammt wenig, und Wilhelm ist nicht mehr König. Was das Hohenzollernhaus inne hatte, gehört mit der Umwälzung dem Staat. Steht eine Bestimmung der Verfassung einer vernünftigen Vermögensauseinandersetzung mit den deutschen Exponenten entgegen, so muß die Verfassung geändert werden, und der Landtag muß auf dieser Änderung bestehen. Es ist Skandal genug, daß die Seine und Südekum in Ordnung ihrer rechtssozialistischen Ministerialtätigkeit eine Vorlage einzubringen gewagt haben, die aus dem Hauptkultigen am Weltkrieg den größten Kriegs- und Revolutionsgewinner machen würde. Der faulere Plan, das Geschick noch unter dem Presseverbot durchzupeifen, ist glücklicherweise mißlungen. Recht muß alles daran gesetzt werden, daß dieser Entwurf dorthin wandert, wohin er gehört, in den Papierkorb!

Der Verlust Nordschleswigs.

Der preussische Ministerpräsident Hirsch hat sich einem Mitarbeiter des „8 Uhr-Abendblatt“ gegenüber dahin geäußert, daß die preussische Regierung sich durch den Ausfall der Volksabstimmung keineswegs entmutigen lasse; sie werde vielmehr mit verdoppelter Energie an die Vorbereitungen für die Wahl in der zweiten Zone herangehen. Aus dem Ergebnis der Abstimmung habe Deutschland verschiedene Lehren gezogen, die es bei der Wahl in der zweiten Zone befolgen werde.

Wenn die „verschiedenen Lehren“, die Deutschland, also die Regierung des Reichs und Preußens, nur bei der Wahl in der zweiten Zone, in drilich und zeitlich begrenzter Art zogen, Beachtung finden sollen, so wird das deutsche Volk keinen großen Nutzen davon haben. Das für Deutschland ungünstige Abstimmungsergebnis ist nicht die Folge davon, daß von deutscher Seite die Propaganda minder eifrig betrieben worden ist als von dänischer Seite, sondern es ist die Frucht der gegen die Dänen jahrzehntelang betriebenen Unterdrückungspolitik. So deutlich wie nur möglich erweist es sich an diesem Falle, daß jede Unterdrückung, jede Willkürherrschaft sich zuletzt an ihren Urhebern rächen muß. Wenn die Regierung wirklich eine Lehre aus der Abstimmung ziehen und sie künftig anwenden will, so muß sie ihrer Politik der Unterdrückung und der Willkür, die sich jetzt gegen einen großen Teil des deutschen Volkes richtet, schleunigst ein Ende setzen.

In Dänemark weiß man, wem das für Deutschland ungünstige Ergebnis der Abstimmung zu verdanken ist. „Politiken“ in Kopenhagen sagt in einem Zeitartikel, daß überall im dänischen Volke der ehrliche Wille bestehe, den Deutschen, die nun nach Dänemark hinübergeraten, in offener und brüderlicher Weise entgegenzukommen. Niemandem werde es einfallen, sie für die preussischen Methoden verantwortlich zu machen, ebenso undenkbar sei die Anwendung von Methoden dänischerseits, die auch nur im entferntesten an die preussischen erinnern. Das Zeichen, unter dem das Dänentum zu siegen wünsche, sei allein die Freiheit. Wenn das Volk bei dieser Gelegenheit die Hoffnung ausdrückt, daß die preussischen Methoden jetzt mit

dem deutschen Militärismus verabschieden seien, so braucht man nur daran zu erinnern, daß die politischen Zustände in der „demokratischen“ Republik Deutschland schlimmer sind, als sie je waren, solange noch der preussische Militarismus nach ohne die Deckung durch Rechtssozialisten bei uns herrschte.

Das bisherige Abstimmungsergebnis.

Als Ergebnis der gestrigen Abstimmung in der ersten Zone der Nordmark wurden bisher festgestellt 29 223 Stimmen für Deutschland, 71 488 Stimmen für Dänemark; 313 Stimmen waren ungültig.

Eine französische Drohung.

Wie Gobas meldet, hat Ministerpräsident Millerand in einer Mitteilung an die deutsche Regierung angekündigt, daß die Räumungsfrist für das besetzte Rheingebiet auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werde, da Deutschland nicht die im Friedensvertrag bestimmten Kohlenlieferungen ausgeführt habe. Offiziell wird dazu bemerkt, daß eine solche Mitteilung bisher nicht in die Hände der deutschen Regierung gelangt sei. Die französische Meldung scheint aber ihre Richtigkeit zu haben, denn schon in der Kammerdebatte vom 8. Februar hat Millerand Ausführungen über die ungenügenden deutschen Kohlenlieferungen gemacht und mitgeteilt, daß Frankreich von der Postfachkonferenz die Ermächtigung zum selbstständigen Vorgehen gegen Deutschland erhalten habe. Die Beschwerde des französischen Ministerpräsidenten über die mangelhafte Kohlenlieferung Deutschlands ist vorher vom „Temps“, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, in folgender Weise begründet worden:

Nach dem Protokoll vom 20. August 1919 sollten die deutschen Behörden den Verbündeten monatlich 1 600 000 Tonnen Kohlen liefern, vorausgesetzt, daß die Gesamterzeugung der deutschen Gruben 9 Millionen Tonnen im Monat nicht übersteigt. Falls die Förderung diese Ziffer übersteigt, sollte Deutschland den Verbündeten einen bedeutenden Teil des Ueberschusses (bis zu einer gewissen Höhe von 6 v. H. und von da ab 50 v. H.) abliefern. Im vergangenen Dezember hat Deutschland ungefähr 10 450 000 Tonnen geliefert. Wieweil davon hat es abgeliefert? Ungefähr 6 000 000 Tonnen, eine Ziffer, die es vorher nicht erreicht hatte und schwerlich auch nicht mehr erreichen will. In der Zeit vom 1. bis zum 30. Januar hatten seine Kohlenlieferungen nur das lächerlich kleine Quantum von 2 600 000 Tonnen erreicht. Seit dem 10. Januar ist der Vertrag von Versailles in Kraft. Frankreich müßte also bis zu 27 Millionen Tonnen Kohlen im Jahre erhalten. Vor der Vertreibung der deutschen Regierung im Oktober unterzeichnet hat, Deutschland keine mehr als 7 500 000 Tonnen monatlich liefern. Die Lage ist mithin die folgende: Für den Monat Januar hat Deutschland über ungefähr 8 Millionen Tonnen Kohlen verfügt, während das Vertragsrecht und verwöhnte Frankreich sich mit 3½ Millionen Tonnen begnügen mußte. Der „Temps“ fügt hinzu: „Der Skandal, den wir heute bei der Kohlenlieferung erleben und morgen bei der Auslieferung der Schulden erleben werden, wird sich übermorgen wiederholen, wenn es sich darum handeln wird, die Auslieferung des Kriegsmaterials durchzuführen.“

Ob diese Angaben zutreffen, können wir noch nicht feststellen. Es ist aber anzunehmen, daß die Kohlenlieferungen an Frankreich nicht den im Vertrag vorgesehenen Umfang erreicht haben. In der schweren Krise in der Auslieferungsforderung mit der Entente scheint sich jetzt also eine neue Krise zwischen Deutschland und Frankreich zu gestalten!

Die französische Note.

Die in der Gassandmeldung angekündigte Note ist nunmehr der deutschen Regierung zugegangen. Ihr Inhalt deutet sich mit den Ausführungen des „Temps“. Der Schluß lautet:

„Unter Bezugnahme auf Artikel 429 des Friedensvertrages eröffnet die französische Regierung hiermit der deutschen Regierung, daß, da Deutschland die Bedingungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt hat, die Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete aus nicht zu laufen begonnen haben. Ferner, wenn am 1. März 1920 Deutschland in weiterer abschließlicher Nichterfüllung seiner Verpflichtungen an Frankreich nicht die noch rückständigen bereits fälligen Lieferungen sowie das volle Februarquantum geliefert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zu wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Besatzungsmaßnahmen und allgemein zu solchen Maßnahmen zu greifen, die sie als durch die Umstände geboten erachtet, wie das für solche Fälle der Vertrag besonders vorsieht. Die französische Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sie nicht gezwungen sein wird, andere Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen, wie sie das Protokoll vom 10. Januar 1920 und das Schreiben vom 23. Dezember 1919 als Bedingung für das Inkrafttreten des Vertrages vorgesehen haben.“

Hierzu wird offiziell bemerkt, daß die Note von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht und zu falschen Schlussfolgerungen gelangt. Die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus dem Versailler Protokoll vom 20. August 1919 sind in der Note sachlich unrichtig wiedergegeben. Deutschland hat in dem Protokoll lediglich erklärt, mit der Lieferung von Kohle an die alliierten und assoziierten Mächte sofort beginnen zu wollen. Bestimmte Mengen Kohlen vorzuzufahren hat Deutschland in dem Protokoll nicht versprochen. Als Gegenleistung für diese durchaus freiwillige Vorlieferung von Kohle hat das damalige Organisationskomitee in Aussicht gestellt, dem Wiedergutmachungsausschuß nach seinem Inkrafttreten, also nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, vorzuschlagen, daß Deutschland auf der Grundlage einer gesamten deutschen Erzeugung von 9 Millionen Tonnen Kohlen im Monat 1 600 000 Tonnen monatlich an die Entente liefern soll, und zwar bis zum 30. April 1920. Dieses ist eine einseitige Erklärung der alliierten Mächte, mit welcher eine Ermächtigung der im Friedensvertrage an sich vorgesehenen Gesamtanforderungen bis zum 30. April 1920 sichergestellt werden sollte. Der Wiedergutmachungsausschuß hat diese Erklärung der deutschen Regierung gegenüber erst durch Note vom 30. Januar 1920 bekräftigt. Da nach § 10 des Anhangs V zu Teil VIII des Friedensvertrages die Anforderung seitens des Wiedergutmachungsausschusses und eine bestimmte, vertragmäßig festgesetzte Ankündigungsfrist für den Beginn der Pflichtlieferungen entscheidend sind, folgt aus Vorstehendem, daß eine Verpflichtung Deutschlands zur Lieferung bestimmter Mengen Kohle nicht besteht. Die bisherigen Kohlenlieferungen sind als durchaus freiwillig zu betrachten und es kann deshalb auch kein Vorwurf gegen Deutschland daraus hergeleitet werden, daß bestimmte Mengen nicht erreicht worden sind.

Der Hinweis auf Vergeltungsmaßnahmen, so wie es sonst offiziell bemerkt, die nach dem Vertrage nur im Falle vorsätzlicher Nichterfüllung der Verpflichtungen in Frage kommen können, sowie auch eine Änderung des Art. 429 des Friedensvertrages, der die Räumungsfrist für die besetzten Gebiete regelt, erscheinen nicht verständlich. Für die Beurteilung dieser Fragen sei nicht die französische Regierung, sondern nur der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Es sei nicht einzusehen, wie der Wiedergutmachungsausschuß Anlaß finden könnte, derartige Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.

Die kommende Diktatur.

In der monarchistischen Presse wird ein Aufruf veröffentlicht, aus dem unabweislich hervorgeht, daß die Nationalisten der Frage der Auslieferung mit der Errichtung einer rechtsstehenden Diktatur beggnet wollen. In dem Aufruf heißt es, daß Protestversammlungen nicht mehr genügen, die „große Sache“ fordere vielmehr „ein Unmöglich der Tat“. Alle, die für Deutschlands Recht zu handeln bereit seien, sollen sich zusammenschließen. Die Tendenz des Aufrufs wird zutreffend gekennzeichnet durch die Unterschriften. Neben dem Vorkämpfergeneral v. d. Golz finden wir den Obersten Reinhard, die alldeutschen Professoren Dieckhoff, Schaefer und Gustav Roethe, den untermerikanischen Pfarrer Traub, den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Freiherren v. Wangenheim, sowie eine Reihe von weiteren Namen und Organisationen, die allesamt hinreichend dafür bekannt sind, daß ihr Ziel die Wiedereinführung der Monarchie ist. Und es ist sicher keine Verirrung, wenn sich unter den Unterzeichnern des Aufrufs auch der frühere Staatsminister Dr. Friedberg befindet, der äußerlich zwar der Demokratischen Partei angehört und Mitglied der Nationalversammlung ist, mit seinem Herzen aber immer bei der Sache war, für die er jetzt durch die Vergabe seines Namens eintritt.

Die Verhinderung der Auslieferung ist für die Nationalisten zum Nebenziel geworden. Sie benötigen diese Angelegenheit lediglich als agitatorischen Gesichtspunkt aus und verüben damit das Volk zu herauschen. Aber immer deutlicher tritt hinter den Schleier der „vaterländischen Ehre“, die diese Kreise zu führen vorhaben, der wahre Charakter der ganzen Agitation hervor: Die Beseitigung der heutigen Regierungsform durch eine rechtsstehende Diktatur als Vorläuferin der erstrebten Hohenzollernherrschaft. Das muß heute nahezu auch den dümmsten Klug geworden sein, und um so notwendiger ist es daher für die Regierung, alle Ventile zu öffnen, die Presseverbote aufzuheben, den Belagerungszustand zu beseitigen, damit die wahre Meinung des gesamten Volkes zum Ausdruck kommen und der demokratischen Flut ein breiter Damm entgegengesetzt werden kann.

Schwere Verurteilung.

In einem Artikel über die Auslieferungsforderung schreibt der „Temps“:

„Wenn die Verbündeten sich veranlaßt haben, die Auslieferung der Schuldigen zu verlangen, und wenn sie sich genötigt sehen, auf der Erfüllung des Artikels 228 zu bestehen, so fällt die Verantwortung dafür in vollem Umfang auf die Reichsregierung. Welchen Erfolg haben die deutschen Behörden gezeigt, um die Urheber der Deportation, der Minderungen und anderer Verbrechen, deren Zeuge die ganze Welt ist, zu bestrafen? Fünfzehn Monate nach der Revolution, die das kaiserliche Regime gestürzt hat, woziel man noch auf den ersten Prozeß. Welche Sicherheiten für unparteiliches und mutiges Vorgehen bei der Verurteilung schuldiger Offiziere hat die deutsche Justiz gehalten? Man denke nur an den Rasch-Prozeß! Wie kann die deutsche Regierung immer noch verkennen, daß das beste und einzige Mittel zu wirksamer Beteiligung im Interesse der Herbeiführung des internationalen Friedens die Bestrafung der Kriegsverbrecher ist! Wie hat sie nicht längst erkannt, daß Deutschland in dem Maße verächtlich und verhaßt bleibt, in dem es der öffentlichen Verleumdung und Züchtigung der Uebelthäter zu entgehen versucht? Was hinderte die deutsche Regierung, die Initiative dazu zu ergreifen, in einer Form, die ihm am meisten zusagte? Würdigen sie die Ungleichheit der militärischen und alldeutschen Kreise? Dann müssen die Verbündeten es eben mit diesen finsternen Mächten aufnehmen, mit denen sie sich nicht einzulassen wagte.“

Auch diese Ausführungen betweisen, wie schädlich die Rechnungsträger gegenüber den nationalistischen und militaristischen Einflüssen dem deutschen Volke geworden ist.

Stimmen der Vernunft in England.

L. H. London, 11. Februar.

Im englischen Oberhause gab Lord Curzon seinen Meinung dahin Ausdruck, daß man gewisse Teile des Friedensvertrages von Versailles mit Deutschland revidieren und sofort abändern sollte, wenn Deutschland die Absicht zeige, den Verpflichtungen des Vertrages nachzukommen. Er führte an, wie werden unter Umständen tun, um Deutschland in dieser Aufgabe zu helfen und ihm zu ermöglichen seinen Platz unter der zivilisierten Gemeinschaft der Welt wieder einzunehmen. Lord Curzon erklärte ferner, daß die Lage im Orient schwere Besorgnisse erzeuge.

Rotterdam, 11. Februar.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Im Verlaufe der Debatte über die Antwoortfrage auf die Thronrede erklärte der Führer der Arbeiterpartei Adamson: Ich bin der Ansicht, daß einige Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland so schwer sind, daß wenig Hoffnung besteht, sie aufzuheben. Wir erblicken Anzeichen dafür, daß das deutsche Volk von den Alliierten die eine oder andere Abänderung der aufgezogenen Bedingungen erwartet, und ich möchte den ersten Ministern und den Mitgliedern der Regierung vorzuschlagen, die Verträge mit Österreich, Bulgarien, der Türkei und Ungarn perfekt sind, die Lage zu erwägen und genau zu untersuchen, damit, bevor diese Verträge endgültig ratifiziert sind, ein dauernder Friede geschlossen werden kann.

In seiner Rede erklärte Lloyd George mit Bezug auf Rußland im einzelnen, es sei nicht gelungen, Rußland mit Gewalt gefund zu machen. Er glaube, daß man es durch den Handel retten könne. Rußland habe Rang und Ruf als

Gewerkschaftliches.

Die Buchbinder und die Januarereignisse.

In einer gründlichen Abfuhr der Rechtssozialisten kam es in einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Buchbinder und Kopierarbeiten Deutschlands...

Schon in dieser Versammlung, die zu vier Fünfteln von Kollegen der linken Seite besetzt war, hatten sich die Rechtssozialisten eine grundsätzliche Abfuhr...

Die Ortsverwaltung hatte nur am 10. Februar eine öffentliche Mitgliederversammlung nach den Muster-Sitten einberufen...

Eine recht erfreuliche Diskussion hat die Ausführungen des Referenten nur unterbrochen. Gegenüber den Ausführungen des Rechtssozialen Gerber geisterte Hans E. L. die Bellid der Rechtssozialisten...

Nachfolgende Resolution wurde gegen acht Stimmen angenommen:

Die heutige Mitgliederversammlung billigt die Maßnahmen der Ortsverwaltung, indem sie die Mitglieder auffordert sich an dem Protest gegen das Betriebsratsgesetz zu beteiligen...

Die Versammlung spricht ferner der Regierung, welche Verträge und Verträge, die den Interessen der Arbeiter entgegenstehen, die Verwirklichung weiterer Maßnahmen des Ausnahmestandes...

Sie protestiert ferner gegen die Quereingriffe einiger Kollegen aus der S. P. D., die bloß die Folge haben, die Arbeiterschaft von dem Kampfe gegen die Kapitalistenklasse abzuhalten...

Die Hilfskräfte des Magistrats zu den Teuerungszulagen.

In einer am Dienstag in der Wagon-Fabrik stattgefundenen Versammlung von ca. 4000 Hilfskräften der Gruppe I und III...

Bedingung dafür vorhanden sei. Nach langen und wiederholten Verhandlungen wurde folgender Schiedsspruch angenommen: Die Teuerungszulage beträgt ab 1. Januar 1920 für Jugendliche unter 18 Jahren 50 Pf., für Ledige 75 Pf., für Verheiratete 90 Pf. und für jedes Kind 20 Pf. im Monat.

Der Schiedsspruch wurde von den Versammelten mit großer Mehrheit angenommen. Im Anschluß daran berichtete Hochschild über den zu fünfzigsten Jahrestag, der abgebrochen werden mußte, da Stadtrat Seft auf eigene Faust die Gewerkschaftshände zu den Verhandlungen eingeladen hatte...

Heinrich vom Zentralen Ausschuss berichtete über die Neuwahl der Betriebsräte und die Spitzenvertretung beim Magistrat. Durch das Betriebsratsgesetz ist eine Veränderung in der Besetzung der Spitzenvertretung unabdingbar...

Folgender Antrag: Der Zentrale Ausschuss behandelt gemeinsam mit der Arbeiterschaft bei dem Magistrat die Zusammenlegung der Betriebsräte...

Ueber die allgemeinen Zustände im Zentralen Ausschuss erklärt Heinrich, daß sich Schwächen entwickelt haben, die jedoch zu beheben waren, da die Kollegen nicht das nötige Verständnis dafür hätten...

In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner für die Neuwahl des Ausschusses aus, da das Vertrauen zu den Führern nicht mehr vorhanden sei. Ein Antrag auf Neuwahl des Zentralen Ausschusses wurde mit überwältigender Majorität abgelehnt.

Die Vertreter der Gewerkschaftshände, die zu dieser Versammlung erschienen waren, um sich ihr Mandat für die Verhandlungen über den Mantelvertrag zu holen, hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Zum Schluß gab der Versammlungsleiter bekannt, daß am Freitag in denselben Räumen der Bericht für die weiteren Gruppen gegeben wird.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hauptstelle in Berlin, hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Dem Bericht über die 1. Bewohnerschaft W. K. K. m. n. gab, ist zu entnehmen, daß die Hoffnungen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiter günstiger gestalten würden, leider nicht erfüllt hatten.

Die anstehende Preissteigerung für alle notwendigen Verbrauchsgüter bedingte neue Lohnforderungen der Arbeiter, die, wenn der Vertrag kaum abgeschlossen ist, schon wieder durch die Teuerung überholt seien. Schwierigkeiten entstanden bei der Ausfertigung für die Witterungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln. Während ein Teil der Unternehmer der Forderung der Gewerkschaftskommission, eine wöchentliche Lohnverhöhung von 25 Pf. zu gewähren, Rechnung trug, zum Teil sogar weit darüber hinausging, mochte ein größerer Teil durchweg ungenügende Zuschüsse. So hat der Arbeitgeberverband für die chemische Industrie seinen Mitgliedern empfohlen, den über 20 Jahre alten Arbeitern eine wöchentliche Teuerungszulage von 8 Mark, unter 20 Jahre alten 4 Mark, außerdem für die Elektrizität und für jedes nicht gewerkschaftliche Kind 3 Mark zu zahlen.

Mark zugestanden, und dann auch noch ohne die verlangte Rückwirkung vom 1. Januar ab.

Bei für das gesamte Agitationsgebiet sind im letzten Quartal, zum Teil nach sehr langwierigen Verhandlungen, Lohnabkommen erzielt worden. So für die chemische Industrie, für die Gummiindustrie, Papier und Wappen, Industrie der Steine und Erden usw.

Wenn nicht immer allen Wünschen Rechnung getragen werden konnte, so führte Reimann weiter aus, dann lag es daran, daß die Verhältnisse härter waren als wir. Auch an unsere Kollegen muß die Mahnung auf mehr Mäßigkeit und Ausdauer unter der Arbeiterschaft gerichtet werden. Wir haben eben im letzten Jahr genug gekämpft, jetzt heißt es arbeiten im Dienste der Arbeiterschaft. In diesem Sinne sei auch zu den kommenden Betriebsratswahlen zu rufen und hier nur nach dem Grundsatz zu verfahren, der rechte Mann an dem rechten Platz. Entsprechend der Resolution der erweiterten Vorstandskonferenz habe die Verwaltung den Kampf gegen das Zustandekommen des Betriebsratsgesetzes geführt; jetzt heißt es, sich mit dem Gesetz abzufinden und es voll auszuführen.

Die Diskussionsredner erklärten sich mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung einverstanden, wiesen jedoch scharf Kritik an dem Austritt des Kollegen Ulrich vom Metallarbeiterverband anlässlich einer Funktionärerversammlung in der chemischen Industrie, der müsse gesagt werden: Nehme jeder vor seiner Tür. Der Antrag, Haderdorf als Bezirk von Berlin abzuschließen und den Hauptverband zu verlassen, dort eine selbständige Hauptstelle zu errichten, fand einstimmige Annahme. Ebenso eine Resolution des Bezirks Norden, die die Unterzeichnung des Kulturlohn in der „Freiheit“ zur Demonstration gegen das Betriebsratsgesetz aufhebt.

Der Jahresbericht lag gedruckt vor und wurde einstimmig genehmigt. Da die kommende Zeit hohe Anforderungen an die Lohnkassisten stellen wird, wurde beschlossen, für die Monate Januar, Februar und März einen Extrabeitrag in Höhe je eines Wochenbeitrages zu erheben. Ausschlossen wurde das Mitteloberschloß, Teich, wegen Streikwuchs. Einstimmig gutgeheißen wurde die Maßnahme des Hauptverbandes, die Beiträge vom 1. 4. 1920 ab um 25, 30 und 20 Pfennig wöchentlich und dafür die Einzelunterstützung ab 1. 8. 1920 um das Doppelte des jetzigen Satzes zu erhöhen. Bedauert wurde, daß diese Maßnahme nicht längst vorgenommen wurde, da Bedenken und Beitrag heute nicht mehr in gleichem Verhältnis stehen wie früher.

Als unbestätigte Verwaltungsmitglieder wurden wieder, resp. neu gewählt die Kollegen Pohl, Brügge, R. Reimann, Becker, Köhler, Buch, die Kolleginnen Höder und Frau Kolbe; in dem Gewerkschaftsrat die Kollegen Karl Schulz, G. Buchholz, M. Laatz, H. Albrecht und O. Breilkeusch.

Achtung! Stukkateure.

Die Inhaber von Stuckgeschäften lesen den Stukkateuren einen von der Innung herausgegebenen Hefters zur Unterschrift vor, worin dieselben unterschreiben ihre Unzufriedenheit über die Handhabung des Arbeitsverhältnisses auszusprechen, sowie daß bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses der Stukkateure bei neuem Auftrag des Arbeitgebers jeder wieder bei seinem früheren Arbeitgeber in Arbeit treten soll.

Kollegen, die Sektionsleitung ist bei den Verhandlungen wegen Teuerungszulage am 23. Oktober 1919 auf den Vorschlag der Arbeitgeber auf Einheitslohn nur eingegangen, wenn die Vermittlung der Arbeitslosen nur der Reihe nach geschieht. Auch die Versammlung am 20. Oktober nahm diesen Vorschlag auf Einheitslohn nur unter diesen Bedingungen an.

Kollegen, wir stehen jetzt in Tarifverhandlungen und ist es Pflicht eines jeden Kollegen, bei den Beratungen seine Bedenken zum Ausdruck zu bringen, um gegebenenfalls Änderungen zu schaffen. In der letzten Versammlung ist dies in keiner Weise geschehen. Wir verlangen aber von jedem Kollegen, daß er nicht bei seinem Arbeitgeber durch seine Unterschrift, sondern dort, wo es angebracht ist, seine Bedenken zum Ausdruck bringt, und das ist die Versammlung.

Es ist eine Ungerechtigkeits und zeugt von wenig sozialem Verständnis den Arbeitlosen gegenüber, wenn der Arbeitgeber verlangt, daß der Entlassene, nachdem der Arbeitgeber wieder seinen Auftrag erhalten, dort wieder in Arbeit treten kann. Der Arbeitslose würde dauernd bei der großen Arbeitslosigkeit in unserem Beruf auf dem Arbeitsnachweis liegen. Darum dre-

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript abgetragen von Derrymia zur Röhren.

III.

Nun kam die Fahrt durch die Nordsee, die nordwestliche Küste entlang, in einem Reich von Nebel und kochenden Wäldern, der steten Gefahr von U-Booten und Minen. Die Expedition bestand aus drei Transportdampfern, zwei Schiffschiffen und einem halben Dutzend Torpedozerstörer.

Die jedem Tag wurde die Luft kälter, die Tage wurden länger; sie nahen dem Lande der Witternachtslande, doch war es bereits die Zeit, da mittags die Witternacht beginnt. Die Leute auf dem Schiff hatten viel Zeit zum Denken und Reden, und Jimmie besproch den Krieg vom sozialistischen Standpunkt aus, wodurch er, wie dies immer der Fall war, allmählich erzürnte und keiner aufrührerischen Ansichten wegen angezeigt ward.

Jimmies Vorgesetzter, Leutnant Cannett, war karflos und barsch; durch einen Zwischenfall er während in die Welt, als wisse er genau, daß sie ihn tödigen wolle. Er war Vorarbeiter in einer Wollfabrik gewesen, seine Arbeit hatte dortin bestanden, darauf zu achten, daß eine Abteilung der Riesenförporkraft mehr aus ihren Arbeitern herauszuschleife als alle anderen. Er war demnach der Hauptmann, den Jimmie Higgins dabeiin gehäht hatte, und Jimmies Subordination war bloß eine ganz dünne Maske. Traf er auf einen Kerl, der jeden Sozialisten als einen tollkühnen Hund und jeden Labour-Kolator als Ungeheuer betrachtete, so kreuzte Jimmie Higgins sich nicht, seine Meinung auszusprechen: „Sol' der Teufel die militärische Disziplin!“

Leutnant Cannett fragte gar nicht, was Jimmie geantwortet habe, er wollte ihm einfach seine Worte mit und bemerkte, dieses Geschwätz werde, solange er hier sei, nicht geduldet. Jimmie habe Motorräder zu reparieren und seine Abteilung zu kontrollieren, über alles andere solle er das Maul halten und nicht versuchen, in die Führung der Expedition hineinzureden. Jimmie wollte einwenden, er habe bloß das wiederholt, was Präsident Wilson ausgesprochen. Worauf der Leutnant erwiderte: „Heldwibel Higgins! Anklagen über Präsident Wilsons Ansichten inter-

essieren mich nicht. Ich würde Ihnen raten, Ihre Ansichten für sich zu behalten, sonst könnte es Ihnen übel ergehen.“

Stehend vor ihm, ebenso revolutionär gesinnt wie je in der Ortsgemeinde Redville, kam Jimmie von diesem Gespräch zurück.

Worin zum Teufel bestanden die Rechte des Soldaten? Ist ihm gestattet, über Politik zu sprechen und mit den Ausprüchen seines Präsidenten übereinzustimmen? Darf er gleich seinem Präsidenten, an einen gerechten Frieden glauben, an das Recht aller Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung, auch wenn viele Offiziere im Heer diese Idee hassen und verachten? All dies mußte Jimmie nicht, niemand hatte ihn darüber aufgeklärt; eines jedoch mußte er genau: er hatte, da er sich antworten ließ, um für die Demokratie zu kämpfen, nie daran gedacht, auf seine Rechte als Staatsbürger zu verzichten, und er wird sich auch diese Rechte nicht kampflös rauben lassen.

IV.

Der Transport befand sich in der Region der Eisberge, der tief herabhängende Nebel und mit Schnee bedeckten Felsenriffe. Schwere von Wäldern durchlegten während die Luft. Die Tage und Nächte schwammen die Zäune in diesen uralten Gewässern, bis sie endlich das Weiße Meer und Archangelsk erreichten.

Seit Kriegsbeginn waren die Militären hier gewesen, hohler Docks, Scheunen, Eisenbahnhuppen errichtet, doch gab es deren noch nicht genug. Seitdem die Transportabteilung der korrupten russischen Regierung zusammengebrochen war, hatten sich Warenballen am Strand, mit geleezten Seegeldern bedeckt, in Regen und Schnee rostend und verfaulend. Es war unmöglich gewesen, sie an die Front zu schaffen, und, das U-Boote und mangelnder Transportkräfte halber, ebenso unmöglich, sie zurückzubehalten. So lagen sie nutzlos hier, und in den Wäldern Englands und Frankreichs grämten sich die Leute über die Bergendung und hunden Männer aus, um die Waren vor den Deutschen zu schützen. Dies behaupteten sie wenigstens, wenn im Parlament peinliche Fragen gestellt wurden.

Vandelnwärts gab es ungeheure Früchtenwälder und unendliche, moosbewachsene Sümpfe, in denen man zur Sommerzeit bis an den Hals versinken konnte. Jetzt, im September, waren sie bereits hart gefroren, und man fuhr

gehillt, so daß nur die Nasenspitze herausblieb, und man dem Weichschienemantel gleich, den man als Kind in Wilderbüchern bestaunt hatte. Der größte Verkehr jedoch war auf den Flüssen, die Wälder und Sümpfe durchschnitten, und auf der einzigen Eisenbahnlinie.

In diesem Land gab es selbstverständlich nicht einmal ein Sommer für Automotorkarrieren fahrbare Straßen. Jimmies Arbeit beschränkte sich auf die Stadt und etliche angrenzende Lager. Einige Straßen wurden ausgekoffert, auf diesen fauchten die Wägen dahin, glitten häufig in ein Schlammloch und beschädigten die Maschinen. Alles wäre ganz schön gewesen, Jimmie würde die Arbeit beaufsichtigen und sich glücklich gefühlt haben, — hätte in seiner Seele Frieden geoberrsch.

Die ersten Tage freilich fand er keine Zeit zum Nachdenken, war fleißig wie eine Kamele, brachte seine Leute an Land, stellte Zäune und Werkzeuge in einem Holzschuppen auf, in dem an jedem Ende ein Ofen schornte, schüttete das Brennholz, welches die Damm auf schweren, starken Schichten herbeischleppte, Jimmie und seine Leute arbeiteten bis spät in die Nacht hinein, setzten nicht einmal am Sonntag aus. Hunderttausend Menschen mußten an Land gebracht werden — und das in einer Eile, als wären die Deutschen schon hinter ihnen her. Jimmie begriff diese Last nicht, doch erholte er hier und da etliche Worte, und als er endlich Zeit fand, in der Stadt umherzugehen, traf er „Tommys“, die sich seit einem Monat hier befanden. Als sie ihm mitteilten, was sie getan hatten und was sie tun würden, war Jimmie vor den Kopf geschlagen und ganz krank vor Verzweiflung.

Alle hatten geglaubt, die Expedition gehe gegen die Deutschen, und nun stellte sich heraus, daß sie in Wirklichkeit gegen die Bolschewiki ging! Die soziale Revolution war auch in Archangelsk ausgebrochen, ein Arbeiter- und Bauernrat hatte sich der Gewalt bemächtigt, da griffen unerbittlich die britischen Truppen an, nahmen den Gasen ein und zwangen die Revolutionäre zur Flucht. Und jetzt wurde eine Expedition die Vorküste, und eine zweite in Dampfern die nördliche Tundra entlang geschickt, um russische Sozialisten zu verfolgen und in die Sümpfe zurückzutreiben. Und amerikanische Truppen werden an Land gebracht, um sich an dem Kampf gegen organisierte Arbeiter zu beteiligen.

